

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Mort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Fernsprecher 27.



## Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Begleitung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmesebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 24.

Donnerstag, den 24. Februar 1927.

20. Jahrgang.

Sehst du, laß dich's nicht betrüben;  
Denn der Mangel führt zum Lieben;  
Kamst dich nicht vom Fehl befreien,  
Wirst du andern gern verzeihen.

## Grenzen auf Schanghai.

Während noch vor wenigen Wochen nach englischer Darstellung für Schanghai nichts zu fürchten war, so ist Schanghaiholns Vorkriegs-Kantonen Siegeszug ein Ende machen sollte, sind diese Hoffnungen jetzt sehr zerfallen. Schanghai ist von schweren Unruhen heimgekehrt und erduldet ein furchtbares Blutgericht, während die Kantonsarmee an die Tore pocht. Der Polizeichef des geschlagenen Generals Suntsuanfang, General Suntsuanfang, hat die Nerven verloren und will eine Bewegung, die nicht mehr aufhalten ist, im Blut erstickt. In der Chinesenstadt regiert der General und zwar auf eine so grausame Art, daß selbst englische Zeitungen gegen diese Schreckensherrschaft ihren Stillsitzen zum Ausdruck bringen. Nicht aus Mitleid. Man weiß aber, daß Schanghai's Fall nicht zu vermeiden ist und fürchtet nach Einzug der Kantonsarmeen furchtbare Mordakte.

Das Signal zu dem blutigen Vorgehen der Schanghai'schen Behörden war die Ausweisung des Generalfreis und die immer stärker werdende Propaganda für den sofortigen Anschluß an Kanton. Von Soldaten flankiert, ziehen die Hinrichtungskommissionen mit riesigen, von roter Seide umhüllten Schwertern durch die Straßen, um jedem Studenten oder Arbeiter, der bei der Verteilung von Flugblättern angetroffen wird, auf der Stelle und ohne Verhandlung den Kopf abzuhacken. Die Köpfe der Erschlagenen hängen drehend an Telegraphenbrücken über oder werden in Kisten öffentlich zur Schau gestellt. Der Erfolg ist zweifelhaft. Der Generalfreis geht allerdings zurück, doch bewegt sich die Zahl der Festgenommenen noch immer um 100 000. Der Postdienst ist teilweise wieder ausgenommen worden, da der Polizeichef einen Anschlag am Postgebäude anbringen ließ, des Inhalts, daß alle Postgebäude, die nicht sofort zu ihrer Arbeitsstätte zurückkehren, hingerichtet würden.

Die Eskalation gegen diese Massenhinrichtungen wächst von Stunde zu Stunde. Eine deutsche Mahnung nach dieser Richtung stellt die auf einem chinesischen Kanonenboot in Schanghai ausgebrochene Mauterei dar. Die Matrosen, die zu der Armee des Generals Suntsuanfang gehörten, proklamierten den Anschluß an Kanton und richteten dann die Geschosse auf Schanghai. Etwa zwölf Kanonen schlugen in die dicht neben der Chinesenstadt gelegene französische Konzeßion und trafen das Haus des französischen Klubs und Grundstücke der Engländer und Amerikaner. Die übrigen Geschosse schlugen in die Chinesenstadt ein und explodierten in der Nähe des Munitions- und Waffenarsenals.

Gleichzeitig unternahm ein mit Pistolen bewaffneter Haufe von 600 Chinesen einen Angriff auf die Polizeistation in der Eingeborenenstadt und auf das Waffenarsenal. Hier Polizisten wurden getötet und mehrere schwer verwundet. Es heißt, daß diese Leute Soldaten der Kantonsarmee sind, die als Zivilisten bei dem allgemeinen Durcheinander des Rückzuges eingeschmuggelt wurden. Doch ist dies nur ein Gerücht. Sobald die französischen Behörden feststellten, woher die Beschüßung kam, wurden zwei französische Kanonenboote gegen das meuternde Schiff entfacht, und Schanghai es unter der Drohung, es in den Grund zu bohren, das Feuer einzustellen. Das Kanonenboot verließ darauf den Hafen und dampfte in südlicher Richtung davon.

Während der Beschüßung der Stadt fand in der internationalen Kolonie gerade ein großer Ball statt, der der Jahrestag des Geburtstages des ersten amerikanischen Präsidenten Washington galt. Die Offiziere und Mitglieder der Freiwilligenformationen verließen darauf den Ball und begaben sich zu ihren Trümpfen. Das ausländische Verteidigungskorps wurde sofort in Alarmbereitschaft versetzt. Die Grenzen der Konzeßion werden scharf bewacht, um jedes Eindringen von Plünderern oder Desertern zu verhindern. Schanghai gleicht jetzt einem großen Kriegssager. Im Hafen liegen 21 englisch-amerikanische Kriegsschiffe, während weitere unterwegs sind. Und in den Straßen der Stadt wimmelt es von Soldaten und bewaffneten Freiwilligen aller Nationalitäten.

15 000 Mann halten allein die Engländer unter Waffen.

Wenn so für die Fremdenstadt zunächst nichts zu befürchten ist, so die weitere Entwicklung in der Chinesenstadt nicht abzuweichen. Die Hinrichtungen gehen weiter, wenn auch in etwas verringertem Maße. Auch gewinnt es den Anschein, als ob bereits ein Teil der Polizei den Schanghai'schen Behörden den Dienst verläßt. Von dem Aufbau einer neuen Front vor Schanghai ist nichts zu sehen. Nach englischen Meldungen soll Sun den Oberbefehl niedergelegt und den Befehl über den Rest seiner Streitkräfte in die Hände des Generals Suntsuanfang gelegt haben. Bezeichnend für die allgemeine Verwirrung ist, daß man jetzt nicht einmal weiß, ob die nach Süden marschierenden Schanlin gegen oder gegen Kanton ins Feld rücken!

## Hinrichtung eines chinesischen Vizepräsidenten.

Die englische Blätter melden, wurde der chinesische Vizepräsident der chinesischen Döbahn, General Yang Tscho, unter der Hinrichtung, Geld von Moskau empfangen und eine Revolution in Garbin geplant zu haben, von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen, nachdem Tschangsolin das Urteil telegraphisch bestätigt hatte.

## Ein neues Grundsteuergesetz.

Preussischer Gesetzentwurf. — Einheitsbewertung. — Gemeindeforschläge.

Das Preussische Staatsministerium hat eine Verlängerung des Gesetzes über die vorläufige Grundvermögenssteuer, das am 31. März abläuft, abgelehnt und dem Landtag den Entwurf eines neuen Grund- und Gebäudesteuergesetzes überliefert. Danach wird von dem in Preußen belegenden Grundbesitz mit Wirkung vom 1. April 1927 die Grund- und Gebäudesteuer nach dem auf Grund der Vorbesitzung des Reichsbewertungsgesetzes festgestellten Einheitswertes erhoben.

Die Steuer beträgt jährlich bei dem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Vermögen für die ersten 100 000 M. des Einheitswertes 3 Mark und für den Mehrwert 3,60 Mark für je 1000 M. des Einheitswertes; bei dem übrigen Grundbesitz 3,60 Mark für je 1000 M. des Einheitswertes.

Für die der Landwirtschaft unterliegenden Grundstücke ist eine besondere Behandlung bei der Veranlagung vorgesehen. Hier ist der bisherige Steuerbetrag in nahezu gleicher Höhe beibehalten worden. Beibehalten ist auch die Erhebung von Steuerzuschlägen durch die Gemeinden, die aber, wenn sie den Satz von 200 Prozent übersteigen, der Genehmigung bedürfen. Die Veranlagung der Steuer soll durch das Katasteramt ohne Mitwirkung von Anwohneren erfolgen. Auf Antrag kann statt der monatlichen Zahlung die vierteljährliche eingeführt werden.

## Neuer Befassungszwischenfall.

Zwei Pfälzer Gendarmen von Franzosen verhaftet.

Wie aus der Pfalz gemeldet wird, hat sich dort ein neuer Befassungszwischenfall ereignet, der wieder einmal mahnt, schenkt mit der Befassung ein Ende zu machen. In Wünnen und Steinfeld sind die deutschen Gendarmenkommandanten von einem französischen Offizier, der mit einem Kraftwagen und einem Passant sowie einigen Beamten vor der Station vorbeifuhr, verhaftet worden. Die Station wurde darauf bis zur Mitternacht auf einem Patrouillengang befindlichen deutschen Gendarmen von einem französischen Polizeibeamten besetzt. Die Verhaftungen wurden

## mit großer Rücksichtslosigkeit

vorgenommen. Den Beamten ließ man noch nicht einmal Zeit, sich von ihrer Familie zu verabschieden. Gründe für die Verhaftung sind nicht angegeben worden. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete trifft bereits Feststellungen, um den Tatbestand festzustellen. Alle Wahrscheinlichkeit nach sind die Gründe für das unerhörte Vorgehen der Franzosen darin zu sehen, daß die Gendarmenverhaftung durch von ihnen angeordnete Verhaftungen einen Transport für die Fremdenlegation unschädlich gemacht haben. Diese Vorgänge, die den Beamten von den Franzosen zur Last gelegt werden, werfen ein helles Licht auf das

## Unwesen der französischen Fremdenlegation.

Am 15. Februar marschierte ein Transport von 17 jungen Deutschen, die sich für die französische Fremdenlegation verpflichtet hatten und nach Weigenburg i. Elsaß gebracht werden sollten, unter Begleitung eines französischen Zivilisten in den Bahnhof Landau. Bei der letzten deutschen Station Kayserswerth wurde die Gruppe von der deutschen Gendarmerie angehalten und verhaftet, weil man unter den 17 Deutschen mehrere hochverräterisch verfolgte Verbrecher vermutete. Die deutsche Gendarmerie brachte die Leute auf das Polizeipräsidium nach Karlsruhe, wo tatsächlich unter den Leuten drei hochverräterisch verfolgte Verbrecher festgehalten wurden. Der Begleiter des Trupps — ein französischer Soldat in Zivil — weigerte sich, seine Ausweispapiere vorzuzeigen und wurde darauf aus dem Zug entfernt. Aus Wut stellte er nun Strafantrag gegen die deutschen Beamten, auf Grund dessen die Gendarmenverhaftungen verhaftet wurden. Natürlich wird man deutschseits die Antwort auf die neuen Übergriffe französischer Befassungsbehörden nicht schuldig bleiben.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. Februar 1927.

— Staatssekretär Trendelenburg hat sich nach Rom begeben, um an der Tagung des Völkerverbund-Wirtschaftsausschusses teilzunehmen.

— Der Reichsrat hat die Verhandlungen über das Schanksteuergesetz, die jetzt beginnen sollten, auf Wunsch einzelner Regierungen auf den 7. März vertagt.

— Der Preussische Staatsrat ist in Berlin zu einem kurzen Tagungsabschnitt zusammengetreten, in dem kleinere Vorlagen beraten werden.

— Am 1. März wird das Einheitsgesetz „Hannover“ durch das umgebaute Einheitsgesetz „Schlesien“ ersetzt.

— Dr. Wirth zur Räumungsfrage. Der Berichterstatter des Reichstages „Sitz“ hatte mit dem früheren Reichstagsminister Dr. Wirth eine Unterredung, in der sich Dr. Wirth in entscheidender Weise gegen die Fortsetzung der Rheinlandbesetzung wandte. Die Rheinlandbesetzung hindere die Durchführung der Verständigungsarbeit. Unser Land muß freigemacht werden, so schloß Dr. Wirth, wenn die deutsch-französische Verständigung verwirklicht werden soll.

— Kitz verzichtet auf das sächsischen Innenministerium. Der ehemalige Reichsinnenminister Dr. Kitz hat an den sächsischen Ministerpräsidenten Seidt ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn um Rücktritt politischer Selbstachtung bittet, von seiner Ernennung zum Minister des Innern abtreten zu wollen. Dr. Kitz begründet seinen Entschluß mit der Daltung der Aufwertungsparität, die die ohnehin schon nicht geringen Schwierigkeiten der sächsischen Regierung nur noch vermehren würde.

— Am 17. März „Wiking“ und „Olympia“-Proz. Der Staatsgerichtshof hat die neue Verhandlung über das Verbot der „Wiking“ und „Olympia“ endgültig für den 17. März anberaumt. Der preussische Innenminister hat neue, umfangreiche Beweis- anträge gestellt, die das Vorgehen des Ministeriums gegen die Organisationen rechtfertigen sollen.

## Rundschau im Auslande.

— Der internationale Verband der Völkerverbündvereinigungen beschloß, die nächste Versammlung Ende Mai in Berlin abzuhalten.

— Politische Blätter bringen in großer Aufmachung Meldungen über umfangreiche Verhaftungen unter dem kommunistischen Namen in Sowjet-Rußland.

— Wie jetzt mitgeteilt wird, beträgt die Einwohnerzahl Rußlands nach der Volkszählung von 1926 144 805 000 Personen gegenüber 135 600 000 im Jahre 1913.

## Macias Ausweisung aufgehoben.

— Wie die Agentur Havas mitteilt, wird dem Führer der katalanischen Separatistenpartei, Obersten Macia, wahrscheinlich die Erlaubnis erteilt werden, sich solange in Frankreich aufzuhalten, bis über seine Eingabe wegen Aufhebung der gegen ihn erlassenen Ausweisungsverordnungen entschieden sein wird.

## Deportation der portugiesischen Aufständischen.

— Der Dampfer „Orenco Marques“ hat mit den bei dem letzten Aufstand Gefangenen an Bord den Hafen von Mosambik verlassen, um die Gefangenen nach den Kolonien bzw. den anderen portugiesischen Kolonien zu bringen.





## Sport.